

56 Grundlage beider Konzepte ist es, auf Anfrage aus Krisengebieten die Menschen vor Ort selbst zu befähigen, Konflikte gewaltfrei zu bearbeiten und sich selbst und ihre Gemeinden gegenüber gewaltsamen Akteu\*innen zu schützen. So wurden weitere Elemente der SV in der Praxis erprobt und weiterentwickelt.

## 60 **Soziale Verteidigung heute: Aktuelle Herausforderungen und Forderungen**

61 In den ersten zwei Jahrzehnten des neuen Jahrtausends gab es, beginnend mit dem gewaltfreien Sturz des  
62 serbischen Präsidenten Milošević 2001, in vielen Ländern gewaltfreie Aufstände: in Georgien, der Ukraine  
63 (2004 und 2014) oder im Arabischen Frühling (2011). Gerade bei Letzterem hat sich allenfalls in Tunesien  
64 mittel- bis langfristig eine politische Verbesserung der Situation ergeben, in anderen Ländern wie Ägypten  
65 ist die Lage heute gar schlimmer als zu Mubaraks Zeiten. Und in Syrien wurde der gewaltfreie Widerstand  
66 gegen Assad durch die Militanz der Freien Syrischen Armee, vieler islamistischer Gruppen und durch die  
67 internationale militärische Einmischung durch die Türkei, den Iran, arabische Länder, die USA und ihre eu-  
68 ropäischen Verbündeten sowie durch Russland in einen grausamen, immer noch anhaltenden Krieg getrie-  
69 ben.

70 Durch den sog. Krieg gegen den Terror wurde der Terrorismus eher angeheizt als bekämpft. Nach den Be-  
71 rechnungen der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs hat er bis 2015 über 1,3 Millionen  
72 Tote gekostet. Die nie wirklich beendeten Spannungen zwischen West und Ost (NATO-Russland) sind spä-  
73 testens seit der Ukraine-Krise 2014 so eskaliert, dass manche von einem neuen Kalten Krieg sprechen –  
74 Gesprächskanäle sind eingefroren, Truppen wurden nahe der Grenzen stationiert und Militärmanöver die-  
75 nen der gegenseitigen Abschreckung.

76 Die zu begrüßende Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht in vielen europäischen Ländern hat nicht  
77 zu einer Demilitarisierung der Gesellschaft geführt, sondern im Gegenteil: Durch massive Werbefeldzüge ist  
78 das Militärische so präsent wie lange nicht mehr. Zudem sind die weltweiten Rüstungsausgaben heute so  
79 hoch wie nie zuvor. Gleichzeitig ist in ganz Europa das Erstarken rechter Bewegungen und Parteien zu ver-  
80 zeichnen. Dieser der sog. Flüchtlingskrise 2015 vorausgehende Trend hat sich in den letzten Jahren ver-  
81 stärkt und der Rechtspopulismus droht, mit seinen menschenfeindlichen Ideologien und antidemokrati-  
82 schen Bestrebungen übermäßig Einfluss auf den öffentlichen Diskurs zu nehmen. Das alles führt in eine  
83 Sackgasse.

84 Einige Hoffnungsschimmer bieten Impulse aus der Wissenschaft (z.B. das Konzept der Friedenslogik und  
85 verschiedene Studien zum Erfolg gewaltfreier Kampagnen), aus der Friedensbewegung (z.B. die Kampag-  
86 nen „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ oder die Friedensnobelpreisträgerin ICAN), und aus  
87 kirchlichen Kreisen (z.B. das Szenario „Sicherheit neu denken“ der Badischen Landeskirche). All jene wün-  
88 schen sich – wie wir – eine andere, zivile Form der Außen- und Sicherheitspolitik, Abrüstung, Entmilitarisie-  
89 rung und den Ausbau der Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung.

90  
91 Auf Grundlage des Konzepts der Sozialen Verteidigung und in Blick auf die aktuellen Herausforderungen  
92 fordern wir deshalb heute:

- 93 • eine Außen- und Sicherheitspolitik, die sich an der Friedenslogik orientiert und Gewaltprävention  
94 und Zivile Konfliktbearbeitung stärkt
- 95 • das Ende militärischer Auslandseinsätze und eine stetige Verringerung des Rüstungshaushalts bis  
96 hin zur vollständigen Abrüstung und Auflösung der Bundeswehr
- 97 • eine Weiterentwicklung des Konzeptes der Sozialen Verteidigung und die Förderung der Konzepte  
98 zur aktiven Gewaltfreiheit in der Gesellschaft
- 99 • die Umsetzung der zivilen Teile der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden för-  
100 dern“ der Bundesregierung von 2017, insbesondere die Finanzierung von Projekten des Zivilen  
101 Peacekeepings von nicht-staatlichen Organisationen, den massiven Ausbau des Zivilen Friedens-  
102 dienstes und anderer Mechanismen der Krisenprävention (gewaltfreie Konfliktbearbeitung, zivile  
103 Friedenskonsolidierung)
- 104 • ein Ende der zunehmenden Militarisierung der EU durch PESCO und andere Initiativen und ein Ende  
105 des Ausbaus der „Festung Europa“, stattdessen die Stärkung und den Ausbau der OSZE und der zi-  
106 vilen Säulen der EU, offene Grenzen und eine menschenrechtsbasierte Asyl- und Flüchtlingspolitik
- 107 • die Demokratisierung und Stärkung einer zivilen UNO und ihrer Unterorganisationen
- 108 • die Unterzeichnung des UN-Vertrages über ein Atomwaffen-Verbot durch die Bundesrepublik
- 109 • Ablehnung des in der NATO vereinbarten Zieles, die Rüstungsausgaben auf 2% des BIP zu erhöhen
- 110 • das Verbot von Rüstungsexporten und damit einhergehend eine konsequente Rüstungskonversion.